Lobbying: Nötig und sinnvoll?

Unser Leben ist mittlerweile stark «verrechtlicht»: Der Staat wird für alles und jenes angerufen. Findet zu einem Ereignis ein medialer Aufschrei statt, wird sofort die schützende Hand des Staates gefordert. Ist das richtig?

Von Sven Bradke

In einzelnen Fällen mag das richtig sein. Fraglich ist aber, ob beispielsweise Regulierungen wie «Spuckverbote» sinnvoll und nötig sind. Wäre es nicht besser, anstelle von Verboten und Geboten straffere Haftungsregeln einzuführen? Zumal kaum jemandem alle Einzelregelungen bekannt sind. Wer ist schon ein wandelndes Gesetzbuch?

Politische Einflussnahme

Zu bedenken gilt es auch, dass alle staatlichen Regulierungen mit politischer Einflussnahme vor, während und nach dem Gesetzgebungsprozess einhergehen. Egal, ob es Interessengruppen, Verbände, Organisationen oder Parteien sind: Sie alle versuchen, auf die «neue» Gesetzgebung einzuwirken. Die Einflussnahme ist nicht nur legitim, sie ist sogar Teil des demokratischen Meinungsbildungsprozesses.

Weniger Lobbying?

Wer diesem «Lobbying» Einhalt gebieten möchte, der sollte dafür sorgen, dass der staatliche Einfluss begrenzt, dass weniger reguliert wird und dass weniger Subventionen gesprochen werden. Findet das Gegenteil statt, «marschieren» immer mehr Lobbyisten auf. Denn je mehr es zu verteilen gibt, umso grösser wird der politische Verteilkampf.

Gefährliche Verfassungsinitiativen

Wer die «Lobbyisten» verdammt, der kritisiert eigentlich die Falschen: Zu kritisieren wären vielmehr jene, die sich für mehr «staatliche Einflussnahme» einsetzen. Sie sind die Auslöser, dass mehr «lobbyiert» wird. Dies gilt selbstverständlich auch für das Stimmvolk, das mit der Annahme von Verfassungsinitiativen immer wieder neue staatliche Tätigkeit gutheisst.

Dr. Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater
Geschäftsführer der Mediapolis in St. Gallen